

Inhaltsverzeichnis

Perspektive 2020 <i>Hermann Hill</i>	9
Verwaltung und Verwaltungsmodernisierung 2009/2010 <i>Christian Jock</i>	31
e-Government in Deutschland: Der Trend ist tot, es lebe der Trend <i>Joachim Wentzel</i>	59
Web 2.0 und E-Government: Eine Bestandsaufnahme kommunaler Bürgerhaushalte in Deutschland <i>Philipp Nietzsche und Adriano Pistoia</i>	77
E-Health-Management am Beispiel der elektronischen Gesundheitskarte. Barrieren bei der Implementierung und Implikationen für die Verwaltungsmodernisierung <i>Linda Mory und Robert Piehler</i>	97
Das WiDuT-Portal als Referenzbeispiel zur Förderung der Kollaboration und Kommunikation in der öffentlichen Verwaltung - Ein Praxisbericht <i>Alexandra Lessau und Christian Jock</i>	117
Schalterdistanz oder bürokratische Kompetenz? – Responsivität der öffentlichen Verwaltung in Deutschland <i>Daniel Rölle</i>	129
Entwicklung hoch integrierter und aggregierter Kennzahlen: Die Qualität der Berliner Bürgerämter „auf einen Blick“ <i>Kai Masser</i>	149
Die <i>raison d'être</i> der Europäischen Verwaltungszusammenarbeit <i>Franziska Kruse</i>	169
Erfolg von Fusionen im privaten und öffentlichen Sektor aus governance- und organisationstheoretischer Sicht <i>Insa Pruisken</i>	193

Die Führungskräftefortbildungen der Öffentlichen Verwaltungen in Großbritannien und Deutschland – eine Gegenüberstellung <i>Stefanie Nick-Magin</i>	219
Leistungsorientierung im Besoldungs- und Tarifrecht des öffentlichen Dienstes: Grundlagen und aktuelle Entwicklungstendenzen. <i>Jörg Bellmann</i>	237
Resilienz Management – Aktuelle Personalmanagementforschung im Lichte der öffentlichen Verwaltung <i>Thorsten Kim Schreiweis</i>	257
Die Europäische Union nach Lissabon: Mehr Bürgernähe durch institutionelle Reformen? <i>Isabel Stirn</i>	271
Wandlungen in Kafkas Schloß? Verwaltungsreform und –Modernisierung in Mittel- und Osteuropa <i>Aron Buzogány und Andrej Stuchlik</i>	287
Abstracts	315
Autorenverzeichnis	321

Abstracts

Hermann Hill: Perspektive 2020

Nach einer kurzen Einführung (I) folgt eine Langzeitbetrachtung der öffentlichen Verwaltung in Deutschland über 20 Jahre (II). Die Wirtschafts- und Finanzkrise (III) unterbricht diese Entwicklung und gibt die Chance zum Neuanfang. Ein Blick in internationale Diskussionen (IV) zeigt ähnliche Entwicklungsphasen hin zu einer Verwaltung im Übergang. Anhand dieser Spuren und Zeichen werden neue Perspektiven auf Sicht von 10 Jahren gewagt (V).

Christian Jock: Verwaltung und Verwaltungsmodernisierung 2009/2010

Der Beitrag berichtet über ausgewählte Ereignisse und Neuerungen im Bereich der öffentlichen Verwaltung im Zeitraum von Januar 2009 bis August 2010. Er soll einen komprimierten Überblick über die Aktivitäten der Bundesregierung sowie der verschiedenen Landesregierungen geben, wobei die Themenpalette breit gestreut ist und beispielsweise von Personalangelegenheiten über die Finanzen bis hin zu E-Government-Aspekten reicht. Ein wichtiges Anliegen des Beitrages ist es dabei vor allem auch, weiterführende Hinweise zu den einzelnen Schwerpunkten in Form von Verweisen auf Internetseiten, Monographien und aktuelle Zeitschriftenartikel zu geben.

Joachim Wentzel: e-Government in Deutschland: Der Trend ist tot, es lebe der Trend

Verwaltungsmodernisierung unterliegt Trends. Dieser Beitrag zeigt den Wandel vom New Public Management zum aktuellen Paradigma e-Government. Dabei werden Unterschiede und Gemeinsamkeiten beider Trends/Paradigmen herausgearbeitet. Anschließend wird an Beispielen der deutschen e-Government Projektlandschaft gezeigt, ob und wie sich das aktuelle Verständnis von e-Government in diesen Projekten (im Mittelpunkt stehen die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie und Elena) widerspiegelt. Schließlich wird versucht, einige allgemeine Grundsätze aus dem Umgang mit solchen Trends für zukünftige Initiativen der Verwaltungsmodernisierung abzuleiten.

Philipp Nitzsche und Adriano Pistoia: Web 2.0 und E-Government: Eine Bestandsaufnahme kommunaler Bürgerhaushalte in Deutschland

Das Web 2.0 hat in den letzten Jahren verstärkt Einzug in das E-Government gehalten. In diesem Zusammenhang ist die E-Partizipation zuletzt immer stärker in den Fokus gerückt. Dennoch existieren nur wenige Untersuchungen, die einen strukturierten Überblick über die Umsetzungsmöglichkeiten des Web 2.0 im partizipativen E-Government geben. Am Beispiel elektronischer Bürgerhaushalte werden im Beitrag diese Umsetzungsmöglichkeiten analysiert, wobei die Web 2.0-Charakteristika

„Interaction Orientation“, „Personalization“, „Social Networking“ und „User-Added Value“ als Bewertungskriterien dienen. Die Untersuchung zeigt, dass sich die Implementierung des Web 2.0 in deutschen Bürgerhaushalten noch im Anfangsstadium befindet. Die Kommunen lassen zum Teil erhebliche Umsetzungsunterschiede im Hinblick auf bereitgestellte Funktionalitäten und die Einbeziehung des Bürgers erkennen. Anhand der fortschrittlichsten Ansätze wird verdeutlicht, wie der gezielte Einsatz von Web 2.0-Instrumenten den Erfolg des Bürgerhaushalts beeinflussen kann.

Linda Mory und Robert Piehler: E-Health-Management am Beispiel der elektronischen Gesundheitskarte. Barrieren bei der Implementierung und Implikationen für die Verwaltungsmodernisierung

Die prognostizierten Potenziale und die tatsächlich erreichten Ergebnisse in Projekten der Verwaltungsmodernisierung liegen häufig weit auseinander. Die Berücksichtigung von Barrieren und Widerständen bei einzelnen Akteursgruppen wird bislang nur unzureichend systematisch durchgeführt. Am Beispiel der elektronischen Gesundheitskarte zeigt der Beitrag für den Bereich E-Health, welche Faktoren seitens der Leistungserbringer (Ärzte, Apotheken, Krankenhäuser) die Akzeptanz eines neuen Systems behindern. Dazu werden kausalanalytische Ergebnisse auf Basis des Technology Acceptance Models dargestellt. Abschließend werden aus dem konkreten Beispiel elektronische Gesundheitskarte potenzielle Barrieren für die allgemeine Verwaltungsmodernisierung abgeleitet und in den Forschungsstand eingeordnet.

Alexandra Lessau und Christian Jock: Das WiDuT-Portal als Referenzbeispiel zur Förderung der Kollaboration und Kommunikation in der öffentlichen Verwaltung - Ein Praxisbericht

Mit dem WiDuT-Portal (WiDuT-Wiki) bietet die Service- und Transferstelle WiDuT des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung Speyer den VerwaltungsmodernisiererInnen bei Bund und Ländern ein modernes Wissensmanagementsystem, mit dem es gelingt, nicht nur Wissen auf für alle Beteiligte verständliche Art und Weise festzuhalten, zu strukturieren und zu generieren sondern auch die Kollaboration und den Erfahrungsaustausch zwischen den Beteiligten unter aktiver Einbeziehung aktueller Forschungsergebnisse zu fördern. Der folgende Beitrag hat zum Ziel Entstehung und Einführung jenes Wikis darzustellen, über Schwierigkeiten und Stolpersteine bei diesem Prozess zu berichten, aber auch erzielte Erfolge und weitere Potenziale des Portals aufzuzeigen.

Daniel Rölle: Schaltdistanz oder bürokratische Kompetenz? – Responsivität der öffentlichen Verwaltung in Deutschland

Die öffentliche Verwaltung in Deutschland steht seit vielen Jahren unter Modernisierungsdruck. Insbesondere in den vergangenen Jahren haben die Verwaltungen zahlreiche Anstrengungen unternommen um bürgernäher und kundenfreundlicher zu werden. Die weitestgehend offene Frage lautet jedoch: Fühlt sich der Bürger beim Kontakt mit der Verwaltung mit seinen Anliegen ernst genommen und gerecht behandelt? Ziel des Beitrags sind Antworten auf die Fragen zu geben, wie selbstbe-

wusst bzw. kompetent sich die Bürger gegenüber der Verwaltung fühlen und wovon dieses Gefühl der „bürokratischen Kompetenz“ abhängt. Dies soll anhand empirischer Analysen von Bevölkerungsbefragungen im Zeitraum von 35 Jahren untersucht werden. Am Ende werden die Ergebnisse diskutiert und aufgezeigt, welche Schlüsse daraus für eine moderne öffentliche *responsive Bürgerverwaltung* gezogen werden können.

Kai Masser: Entwicklung hoch integrierter und aggregierter Kennzahlen: Die Qualität der Berliner Bürgerämter „auf einen Blick“

Der Beitrag beschreibt die Entwicklung hochintegrierter und –aggregierter Indikatoren für die Berliner Bürgerämter. Ziel war es, die politische Steuerung auf einen Blick, mit nur einer, alle relevanten Informationen enthaltenden Kennzahl, über den Leistungsstand der Bürgerämter zu informieren. Einbezogen wurden hierbei sowohl Daten aus der Kosten-Leistungsrechnung (Effizienzmessung) sowie der Messung der Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit (Outcome). Das Verfahren des Kennzahlenaufbaus basiert zunächst auf der „Full-Disposal-Hull“-Methode (FDH), die es mit Hilfe eines Input und Output/Outcome-Vergleichs erlaubt, effiziente und nicht-effiziente Performer zu identifizieren. Darauf aufbauend wurde ein Verfahren entwickelt, das es erlaubt, ermittelte Leistungsunterschiede quantitativ zu bestimmen, d.h. das „Besser“ oder „Schlechter“ durch Zahlen auszudrücken. So entstand ein dem „Return on Investment“ (RoI) aus der Privatwirtschaft vergleichbare Kennzahl, die es möglich macht, aufzuzeigen, welche Leistung eine Organisation mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln erzielt (in Form der Summe der Kunden-/Mitarbeiterzufriedenheit pro aufgewendeten Euro).

Franziska Kruse: Die *raison d'être* der Europäischen Verwaltungszusammenarbeit

Die Diskussion über die Reformbedürftigkeit des im Jahre 1976 verabschiedeten Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) hat seit der Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie in nationales Recht wieder erheblich an Dynamik gewonnen. Dabei kann die Einfügung eines Abschnitts über die „Europäische Verwaltungszusammenarbeit“ (§§ 8a-8e VwVfG) nicht nur als Einführung der ersten übergreifenden Regelung eines administrativen Kooperationsphänomens im nationalen Verwaltungsverfahrenrecht, sondern auch als Tendenz des Gesetzgebers gewertet werden, die bisweilen lückenhafte Kodifikation verwaltungsverfahrensrechtlicher Themenbereiche in verstärktem Maße voranzutreiben. Anlässlich des bevorstehenden 35-jährigen Bestehens des VwVfG richtet der vorliegende Beitrag sein Augenmerk auf die Zusammenarbeit nationaler und unionaler Verwaltungsbehörden innerhalb Europas und bilanziert bisherige Errungenschaften und bestehende Defizite.

Insa Pruiskien: Erfolg von Fusionen im privaten und öffentlichen Sektor aus governance- und organisationstheoretischer Sicht

Fusionen im öffentlichen Sektor haben angesichts des demographischen Wandels, des zunehmenden Wettbewerbs und der schlechten finanziellen Lage der öffentli-

chen Haushalte an Bedeutung gewonnen. Fusionen erscheinen als adäquates Argument, um diese Probleme zu bewältigen. Ziel des Beitrags ist es zunächst, den Stand der Forschung über Fusionen im privaten und öffentlichen Sektor, mit einem Fokus auf Gemeinden, Krankenhäuser und Hochschulen, zusammen zu führen. Zusammen getragen werden Erkenntnisse aus der Betriebswirtschaft/Volkswirtschaft sowie aus der Managementforschung und Psychologie. Im Anschluss folgt eine organisations- bzw. governancetheoretisch fundierte Analyse, inwiefern öffentliche und durch den Markt regulierte Organisationen sich unterscheiden und insofern auch unterschiedliche Mechanismen der Bewältigung eines Fusionsprozesses herausbilden könnten. Aus dieser theoretischen Analyse wird geschlossen, dass der Fusionsprozess von Organisationen mit starker staatlicher Regulierung und/oder Professionalisierung tendenziell vermutlich langsamer und nicht so tiefgreifend umgesetzt werden kann. Dies bestätigt auf der einen Seite die Befunde der betriebswirtschaftlichen Forschung (dass Fusionen kurzfristig kaum Einsparungen mit sich bringen), könnte aber auf der anderen Seite bedeuten, dass zwar ein inkrementeller, dafür aber identitätserhaltender Wandel möglich ist.

Stefanie Nick-Magin: Die Führungskräftefortbildungen der Öffentlichen Verwaltungen in Großbritannien und Deutschland – eine Gegenüberstellung

In der Öffentlichen Verwaltung stehen wie in allen Organisationen Führungskräfte im Zentrum des Geschehens und so ist auch ihr Handeln eingebettet in die jeweils ablaufenden Verwaltungsmodernisierungsprozesse. Als „oberste Modernisierer“ müssen sie demnach auch durch besondere Qualifizierungsmaßnahmen auf kommende Herausforderungen vorbereitet werden. Die Inhalte der Führungskräftefortbildungen spiegeln somit wider, welche Richtungen in der Verwaltungsmodernisierung künftig eingeschlagen werden. Dieser Beitrag widmet sich der Darstellung der Verwaltungstraditionen Großbritanniens und Deutschlands, beschreibt aktuelle Herausforderungen vor denen beide Länder stehen, um dann eine Gegenüberstellung der Kompetenz-Managementansätze und Führungskräftefortbildungen vorzunehmen. In diesem Zusammenhang wird auch deren bisherige Evaluierung im Rahmen von Bildungscontrolling analysiert werden. Hierauf aufbauend wird schließlich ein Ausblick auf die weitere Entwicklung der Führungskräftefortbildungen der Öffentlichen Verwaltungen beider Länder im europäischen Kontext folgen.

Jörg Bellmann: Leistungsorientierung im Besoldungs- und Tarifrecht des öffentlichen Dienstes: Grundlagen und aktuelle Entwicklungstendenzen.

Seit über 10 Jahren sind leistungsorientierte Bezahlungsinstrumente Bestandteil des Besoldungs- und Tarifrechts des öffentlichen Dienstes. Ziel der Reform war von Anfang an, die Motivation der Beamten und Beschäftigten zu steigern und die Dienstleistungsqualität der öffentlichen Verwaltung zu verbessern. Mit der im Zuge der Dienstrechtsreform 1997 erfolgten Einführung von Leistungsstufen im Grundgehalt und Leistungsprämien bzw. Leistungszulagen gebührt dem Beamtenrecht dabei die Vorreiterrolle. Das Tarifrecht schloss jedoch mit den Tarifverträgen TVöD und TV-L auf. Seit deren In-Kraft-Treten ist es auch Tarifbeschäftigten gegeben, bei erheblich überdurchschnittlichen Leistungen früher in eine höhere Entgeltstufe auf-

zusteigen. Ebenfalls wurden Leistungsprämien bzw. Leistungszulagen geschaffen. Die Föderalismusreform I, mit der eine Neugestaltung der Gesetzgebungskompetenz hinsichtlich des Beamtenrechts verbunden war, wurde weder vom Bund noch den Ländern genutzt, um die Leistungsbesoldung weiter voranzutreiben. Im Tarifrecht ist ebenso ein Stillstand zu beklagen. Resümierend ist festzuhalten, dass die Etablierung der leistungsorientierten Bezahlung zwar weitgehend glückte und zu einem Verständniswandel im öffentlichen Dienst führte. Die derzeitigen Reformbestrebungen sowohl des Besoldungs- als auch des Tarifrechts des öffentlichen Dienstes lassen jedoch eine Bekenntnis zur Stärkung des Leistungselements vermissen.

Thorsten Kim Schreiwis: Resilienz Management – Aktuelle Personalmanagementforschung im Lichte der öffentlichen Verwaltung

In der Personalforschung gewinnt das Thema der „Resilienz“ mehr und mehr an Bedeutung. Resilienz beschreibt die Fähigkeit von Menschen Lebensrisiken- und Krisen für ihre Entwicklung zu nutzen. Auch für das Personal in der öffentlichen Verwaltung steigt die Gefährdung, dass die psychische Gesundheit der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen unter der zunehmenden beruflichen Be- und Überbelastung Schaden erleidet. Der vorliegende Beitrag soll Führungskräften in der öffentlichen Verwaltung die grundlegenden Konzepte der Resilienz nahe bringen. Zunächst wird die Wichtigkeit des Personalmanagements als strategische Notwendigkeit für eine erfolgreiche Verwaltungsmodernisierung unterstrichen. Ein Überblick über das Forschungsgebiet soll die Entwicklung der Resilienzforschung aufzeigen. Die Definition der Resilienz und die Mechanismen des Resilienzmanagements sollen die Relevanz des Themas für die öffentliche Verwaltung verdeutlichen. Im Abschluss sollen Möglichkeiten der Förderung der Resilienz skizziert werden.

Isabel Stirn: Die Europäische Union nach Lissabon: Mehr Bürgernähe durch institutionelle Reformen?

Bislang fühlten sich Bürger der Europäischen Union eher als Betroffene denn als handelnde Akteure eines überwiegend als bürgerfern und bürokratisch wahrgenommenen europäischen Integrationsprozesses. Mit dem Vertrag von Lissabon erhält die Bürgernähe in der Europäischen Union eine neue Ausrichtung. In institutioneller Hinsicht erfolgt ein deutliches Bemühen, diejenigen Verwaltungsebenen aufzuwerten, die am nächsten bei den Bürgern sind. Lokale und regionale Selbstverwaltung werden als allgemeine europäische Rechtsgrundsätze im Europäischen Primärrecht bestätigt. Auch die Partizipationsmöglichkeiten der Bürger am europäischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess sind gestärkt und erweitert worden, ebenso wie die Rolle der Parlamente sowohl auf europäischer, als auch auf nationaler Ebene für die europäische Politik. Dennoch sind Inhalt und Reichweite der neuen Vorschriften umstritten.

Aron Buzogány und Andrej Stuchlík: Wandlungen in Kafkas Schloß? Verwaltungsreform und -Modernisierung in Mittel- und Osteuropa

In den zehn Mittel- und Osteuropäischen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union kam während des Demokratisierungs- und Beitrittsprozesses zur EU der Verwal-

tungsreform eine zentrale Rolle zu. Da die Rolle der Verwaltung mit politischen Machtfragen aufs engste verknüpft ist, waren politische Konflikte über diese Reformen gewisser Weise vorgezeichnet. Dieser verwaltungspolitologische Beitrag bietet einen Überblick über die Entwicklung von Verwaltungsreform und – modernisierung im Transformationskontext. Unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses zwischen Politik und Verwaltung skizzieren wir zunächst die Ausgangssituation der öffentlichen Verwaltung in den realsozialistischen Staaten des Ostblocks und gehen auf die eingeschlagenen unterschiedlichen Reformpfade ein. Seit etwa Mitte der neunziger Jahre spielten externe Akteure, allen voran die Europäische Union eine zentrale Rolle bei der Konsolidierung der öffentlichen Verwaltung in den Beitrittsstaaten. Insgesamt zeigt sich, dass man Erfolge und Misserfolge der Verwaltungsreform und -modernisierung nur dann gut erklären kann, wenn man das Zusammenspiel zwischen dem lokalen institutionellen Erbschaften und den externen Einflüssen berücksichtigt. Darüber hinaus stellen wir fest, dass nach vollzogenem EU-Beitritt der externe Einfluss nicht in jedem Fall weiter aufrechterhalten werden konnte und dass die Nachhaltigkeit zuvor initiiertes Reformschritte stark variiert. Abschließend beschreiben wir einige in der Region unternommene Modernisierungsschritte, die in Richtung von New Public Management zeigen und gehen auf die Frage ein ob sich diese für Transformationsstaaten eignen.

Autorenverzeichnis

Jörg Bellmann, Dipl.-Pol., Mag. rer. publ., Forschungsreferent am Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer.

Aron Buzogány, M.A., M.P.S., Forschungsreferent am Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer.

Univ.-Prof. Dr. *Hermann Hill*, Lehrstuhl für Verwaltungswissenschaft und öffentliches Recht an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer.

Christian Jock, Ass. iur., Forschungsreferent am Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer, Wissenschaftliche Dokumentations- und Transferstelle für Verwaltungsmodernisierung in den Ländern (WiDuT).

Franziska Kruse, Ass. iur., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Staatslehre und Rechtsvergleichung an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann.

Alexandra Lessau, Dipl. Betriebswirtin (FH), Forschungsreferentin am Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer, Wissenschaftliche Dokumentations- und Transferstelle für Verwaltungsmodernisierung in den Ländern (WiDuT).

Dr. *Kai Masser*, Mag.rer.publ., Forschungsreferent am Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer.

Linda Mory, B.A., M.A., Forschungsreferentin am Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer.

Stefanie Nick-Magin, M.A., wissenschaftliche Assistentin, Führungskolleg Speyer (FKS) an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer.

Philipp Nietzsche, Dipl. Wi.-Ing., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Informations- und Kommunikationsmanagement an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Univ.-Prof. Dr. Bernd W. Wirtz.

Robert Piehler, M.A., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Informations- und Kommunikationsmanagement an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Univ.-Prof. Dr. Bernd W. Wirtz.

Adriano Pistoia, Dipl. Wirtschaftsinformatiker, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Informations- und Kommunikationsmanagement an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Univ.-Prof. Dr. Bernd W. Wirtz.

Insa Pruisken, Dipl.-Pädagogin, Forschungsreferentin am Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer.

Dr. *Daniel Rölle*, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Soziologie der Organisation an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Univ.-Prof. Dr. Dorothea Jansen.

Thorsten Kim Schreiweis, M.A., Junior Fellow am Zentrum für Europäische Integrationsforschung Bonn und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Verwaltungswissenschaft und öffentliches Recht an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill.

Isabel Stirn, Ass. jur., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Vergleichende Verwaltungswissenschaft, insbesondere Verwaltung in Europa an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Univ.-Prof. Dr. Sabine Kuhlmann.

Dr. des *Andrej Stuchlik*, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Politikwissenschaft an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Univ.-Prof. Dr. Sabine Kropp.

Dr. *Joachim Wentzel*, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Verwaltungswissenschaft und öffentliches Recht an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill.